

POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

Projektland: Ecuador

Datum: 23. Februar 2017

Tauziehen bei den Präsidentschaftswahlen in Ecuador Ausgang ungewiss

Das Jahr 2017 beginnt in dem kleinen Andenland am Äquator, wie das vorherige geendet hat. Ecuador befindet sich seit dem Einbruch des Ölpreises in einer Wirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat weiter verschärft. Hinzu kommt, dass sich das Land, anders als andere lateinamerikanische Länder in der Region, welche ebenfalls in eine wirtschaftliche Schieflage geraten sind, nicht durch eine Abwertung der eigenen Währung aus der Krise befreien kann. Ecuador hat nach der Hyperinflation im Jahr 1999 die eigene Währung, den Sucre, abgeschafft und den US-amerikanischen Dollar eingeführt. Hinzu kommt, dass aktuell die Auslandsinvestitionen gegen Null tendieren und das Land sich durch Zölle und andere außenhandelspolitische Instrumente immer weiter vom internationalen Markt abschottet. Kredite bekommt Ecuador fast ausschließlich von der Volksrepublik China und die Konditionen dafür sind alles andere als günstig. Das schwere Erdbeben an der Küste im April letzten Jahres und dessen Folgen rissen weitere Löcher in den Staatshaushalt.

Vor diesem Hintergrund war das beherrschende Wahlkampfthema die Wirtschafts- und Schuldenkrise. Andere Themen, wie die marode Sicherheitslage, Korruption, Bildung, Armutsbekämpfung oder Gesundheit, denen sich Ecuador in den nächsten Monaten und Jahren unweigerlich stellen muss, traten im Wahlkampf dagegen eher in den Hintergrund.

Alianza País steckt in der Krise

Früher konnte die Regierungspartei Alianza País (Patria Activa y Soberana – AP) die meisten Themen, v.a. die Wirtschaftspolitik für sich allein beanspruchen. Dies war nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen des Jahres 2013, die zu einem Triumphzug von Rafael Correa wurden, zum Selbstverständnis der Regierung geworden. Correa gelang damals die Wiederwahl mit absoluter Mehrheit im ersten Wahlgang. Im Parlament errang die AP – dank eines vorher zurechtgezimmerten Wahlsystems – eine Dreiviertel-Mehrheit mit 100 von 137 Sitzen. Auch davor, seit 2007, konnte die „Revolución Ciudadana“, wie sich die Alianza País auch nennt, sieben aufeinanderfolgende Wahlen für sich entscheiden.

Erst im Jahr 2014 riss diese beeindruckende Siegesserie in den Regional- und Kommunalwahlen. Damals musste der autoritär und aufbrausend agierende

Staatspräsident in vielen Bezirken, Regionen und Städten empfindliche Einbußen hinnehmen. Dies und andere Gründe (z.B. die Wirtschaftskrise und die aktuell niedrige Popularität Correas) bewegten den Präsidenten wohl dazu, die Verfassungsänderung zur uneingeschränkten Wiederwahl des Präsidenten durchzuführen. Diese konnte er (nach dem Vorbild des Bruderlandes Venezuela) mit der Dreiviertelmehrheit im Parlament realisieren. Sie sollte nicht auf ihn persönlich zugeschnitten sein, sondern erst nach seinem politischen Abgang wirksam werden. Auch Unterschriftenaktionen sowie Bittgesuche seiner Anhängerschaft konnten nichts an seiner Entscheidung ändern.

Nach vielen Spekulationen in den Vormonaten der Wahlen kristallisierte sich im Dezember 2016 das neue Kandidatenteam (Präsidentenschafts- und Vizepräsidentenschaftskandidat) von Alianza País heraus. Eigentlich war für den ersten Posten ursprünglich der Correaszögling und „Doppelgänger“ (er ähnelt ihm sogar im Aussehen) Jorge Glas vorgesehen. Da er als Technokrat wenig charismatisch und beim Volk relativ unpopulär ist, wurde der ehemalige Vizepräsident Lenín Moreno (2007-2013) zum Kronprinzen gekürt und Jorge Glas als sein Stellvertreterkandidat proklamiert. Moreno ist beim Volk beliebt, da er in seiner Zeit als Vizepräsident mehrere gute und populäre Projekte vorangetrieben hat; unter anderem Projekte für Menschen mit Behinderung – er selbst sitzt im Rollstuhl. Mit seinem Wahlprogramm musste Lenín Moreno den Spagat schaffen, einerseits Kontinuität der aktuellen Politik zu versprechen und andererseits sich sichtbar aus dem Windschatten Correas zu begeben und Veränderungen zur aktuellen – nicht mehr ganz so populären – Politik anzubieten. So wirbt Moreno für mehr staatliche Investitionen, eine bessere Umverteilung, Teilhabe aller Bevölkerungsschichten, Diversifizierung der Wirtschaft, Erhöhung der Sozialleistungen für Arme, Ausbau und Förderung der Bildung sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Das Aufgebot der Opposition

Gegen den zu Beginn des Wahlkampfes für fast sicher gehaltenen neuen Präsidenten Lenín Moreno traten am 19. Februar insgesamt sieben Gegenkandidaten an: Guillermo Lasso von CREO (Creando Oportunidades), Cynthia Viteri von der PSC (Partido Social Cristiano), Paco Moncayo von Acuerdo por el Cambio (Parteienbündnis aus Unidad Popular, Pachakutik, Izquierda Democrática und anderen Gruppierungen); Abdalá Bucaram von Fuerza Ecuador, Iván Espinel von Compromiso Social, Patricio Zuquilanda von der Partido Sociedad Patriótica und Washington Pesántez von der Unión Ecuatoriana.

Den letzten vier, Bucaram, Espinel, Zuquilanda und Pesántez, wurden schon vor den Wahlen bestenfalls Achtungserfolge eingeräumt. Am Ende (nachdem 99,5 Prozent der Stimmen ausgezählt waren), hatte Abdalá Bucaram mit 4,8 Prozent noch das beste Ergebnis in dem Quartett vor Espinel (3,2 Prozent), Zuquilanda (0,8 Prozent) und Pesántez (0,8 Prozent).

Interessanter ist das Abschneiden der drei übrigen Kandidaten. Links von Alianza País positionierte sich mit der wiedergegründeten Partei Izquierda Democrática der Ex-Bürgermeister von Quito und General a.D. Paco Moncayo. Er wurde von einer Parteienallianz aus verschiedenen linken Bewegungen sowie der Indigenenpartei Pachakutik unterstützt. Pachakutik konnte sich nach langen internen Querelen erst

spät darauf einigen, keinen eigenen Anwärter zu stellen, sondern geschlossen einen Kandidaten einer anderen Partei zu unterstützen. Geholfen hat es nicht viel, Moncayo erreichte nur 6,7 Prozent der Wählerstimmen.

Die zwei verbleibenden Parteien sind dem konservativen Mitte-rechts-Spektrum zuzuordnen. Die ursprüngliche Idee eines Zusammenschlusses aller „rechten“ Kräfte in einer Plattform mit einem gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten zerfiel im letzten Jahr, da die Parteiführer der zwei größten Gruppierungen, Guillermo Lasso von CREO und der mächtige Bürgermeister von Guayaquil, Jaime Nebot von der PSC, zerstritten sind und sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten.

So trat jede Partei mit einem eigenen Anwärter an und erhöhte damit unweigerlich die Chancen eines Wahlsiegs von Alianza Popular im ersten Wahlgang.

Die Kandidatin der PSC, Cynthia Viteri, startete zu Beginn des Wahlkampfs weit unterhalb von 10 Prozent, legte aber mit einer guten Kampagne innerhalb weniger Wochen deutlich zu. Viteri ist langjährige Abgeordnete der sozial-christlichen Partei PSC und wurde bei der Wahl von Mauricio Pozo, dem Kandidaten der PSC für die Vizepräsidentschaft, unterstützt. Gemeinsam errangen sie aktuell 16,3 Prozent der Wählerstimmen, was die Erwartungen vieler Analysten zu Beginn des Wahlkampfs deutlich überstieg.

Ihr härtester Konkurrent bei diesem Urnengang war nicht Lenín Moreno, sondern der Kandidat von CREO – Guillermo Lasso. CREO, deren Ausrichtung man im Mitte-rechts-liberalen Umfeld ansiedeln kann, wurde kurz vor den Wahlen 2013 geschaffen und wird kontrolliert von Guillermo Lasso, einem der reichsten Männer des Landes und Banker aus Guayaquil (Ex-Direktor der Banco de Guayaquil), der schon bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2013 antrat und damals den zweiten Platz belegte. Das große Manko Lassos ist jedoch, dass er ist wenig charismatisch und bei vielen Ecuadorianern unbeliebt ist.

Nicht besser steht es um den Kandidaten für die Vizepräsidentschaft von CREO, Andrés Páez. Auch er glänzt nicht gerade vor Beliebtheit beim Wahlvolk.

Lassos Wahlprogramm ist im Gegensatz zu dem von Moreno sehr liberal. Es steht für eine stärkere private sowie ausländische Investition, Senkung der Steuern und Staatsausgaben, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, vermehrter Handel mit China, Indien und Japan sowie die Schaffung von bis zu 1.000.000 Arbeitsplätzen.

Unterstützung erhielt CREO von der regionalen Gruppierung SUMA (Sociedad Unida Más Acción), der Partei des Bürgermeisters von Quito, Mauricio Rodas. Dieser kommt aus dem Umfeld der PSC, doch wegen deren klientelistischer und starrer interner Strukturen sowie eines äußerst schlechten Images in den Gebieten der „Sierra Ecuatoriana“ (dazu gehört auch Quito) beschloss Rodas, seine politische Karriere durch die Gründung von SUMA voranzutreiben.

Die Wahlen

Es war daher früh klar, dass sich die Wahl des neuen Präsidenten in einem Zweikampf zwischen Guillermo Lasso und Lenín Moreno entscheiden werde. Die Verfassung Ecuadors schreibt in Art. 143 vor, dass der neue Präsident in einer ersten Wahlrunde entweder durch eine absolute Mehrheit der Stimmen oder mit mehr als 40 Prozent

sowie gleichzeitig mindestens 10 Prozent Abstand zum ersten Verfolger gewählt werden kann. Da die erste Option für keinen der Kandidaten realistisch war, konzentrierte sich alles auf Gedanken- und Rechenspiele der zweiten Variante. Noch kurz vor Beginn des Wahlkampfes schien es relativ plausibel, dass Moreno die 40-Prozent-Hürde knacken werde und durch die Zerstrittenheit der vor allem rechten Opposition kein anderer Kandidat nur annähernd die 30 Prozent erreichen könne.

Das Blatt wandte sich erst in den letzten Wochen vor der Wahl, als mehrere Mitglieder der aktuellen Regierung, unter anderem auch der Kandidat für die Vizepräsidentschaft, Jorge Glas, mit diversen Korruptionsskandalen in Verbindung gebracht wurden (v.a. durch die Panama Papers oder den Fall Odebrecht). Folglich entfernte sich Moreno in den Umfragen mehr und mehr von der 40-Prozent-Marke, gleichzeitig legten die Oppositionskandidaten stetig zu.

So wurde der relative lahme Wahlkampf zum Ende richtig spannend. Zusätzliche Brisanz kam durch die Nachrichten in der Wahlnacht vom 19. Februar auf. In den ersten Hochrechnungen kurz nach der Schließung der Wahllokale lag Alianza País mit 42 Prozent vorne, was einen zweiten Wahlgang ausgeschlossen hätte. Nur Stunden danach wurde dieses Ergebnis nach unten korrigiert. Ab diesem Zeitpunkt näherte sich Lenín Moreno den 40 Prozent nunmehr von unten an. Die Anzahl der Stimmen für Lasso stieg an und kam den für die Opposition wichtigen 30 Prozent immer näher. In der Folge überschlugen sich die Ereignisse. Aus dem ganzen Land wurden fast im Minutentakt Gerüchte über Unregelmäßigkeiten und angeblichen Wahlbetrug in den Medien bekannt. Hinzu kam, dass die staatliche Wahlbehörde CNE (Consejo Nacional Electoral), welche im Verdacht steht, von der aktuellen Regierung abhängig zu sein, die Auszählung noch in der Wahlnacht aussetzte und bekanntgab, dass die Endresultate erst in den folgenden 3 Tagen verkündet werden könnten. Daraufhin bildeten sich spontane Demonstrationen und Mahnwachen vor den verschiedenen Büros der CNE im gesamten Land, um eine schnelle und objektive Auszählung der Stimmen einzuklagen bzw. zu garantieren.

Am Donnerstag, den 23. Februar, gab die Wahlbehörde die vorläufigen offiziellen Ergebnisse bekannt (99,5 Prozent ausgezählt). Danach kommt Lenín Moreno auf 39,35 Prozent und Guillermo Lasso auf 28,11 Prozent, was eine zweite Wahlrunde bedeutet. Moreno gewann in 15 der 24 Provinzhauptstädte Ecuadors, darunter die wichtigsten und bevölkerungsreichsten wie Quito, Guayaquil, Cuenca oder Portoviejo. Lasso seinerseits konnte die restlichen 9 Hauptstädte, unter anderem Ambato, Guaranda, Riobamba, Loja, Orellana und Morona für sich erringen.

Die Aussichten für den neuen Präsidenten

Von zentraler Bedeutung für die Regierungsfähigkeit des neuen Amtsinhabers ist die Sitzverteilung im nationalen Parlament. Nach den aktuellen Hochrechnungen bekommt Alianza País die absolute Mehrheit mit 71 der 137 Sitze. CREO-SUMA kommt auf 33 Sitze, die PSC auf 16 Sitze, Izquierda Democrática und Pachakutik auf je 4 Sitze, SUMA und PSP auf je 2 Sitze, Movimiento Social Conservador, Unidos por Pastaza, Movimiento Peninsular, FE Pachakutik und Fuerza Ecuador auf je 1 Sitz im Parlament.

Es bleibt es also spannend in Ecuador. Die Stichwahl ist auf den 2. April 2017 angesetzt. Dann wird sich entscheiden, ob die aktuelle Schwäche bzw. die Ablösungen

der Linksregierungen in Südamerika anhalten (Argentinien, Brasilien, Venezuela) oder ob sich Ecuador als erstes Land gegen den Trend stemmen kann. Cynthia Viteri von der PSC und die Bürgermeister von Guayaquil und Quito sicherten vorab bereits Guillermo Lasso ihre Unterstützung zu. Jaime Nebot rief vorsichtshalber zu einem Marsch für die Verteidigung der Demokratie auf, worauf der noch amtierende Präsident Rafael Correa am selben Tag eine Demonstration „für den internationalen Tag der Frau“ (8. März) ankündigte.

Egal wer die Stichwahl gewinnen wird, der neue Präsident wird schwierige vier Jahre vor sich haben. Einerseits findet er eine starke Opposition, ein fragmentiertes Parlament, eine entzweite Gesellschaft sowie immer mehr unzufriedene soziale Gruppierungen vor, die im schlimmstenfalls ihrem Ärger auf der Straße Luft machen. Auf den Nachfolger von Rafael Correa wartet ein Land, das sich in einer schweren Wirtschaftskrise befindet, in dem es nicht gelang, die wirtschaftliche Diversifizierung voranzutreiben das hoch verschuldet und von internationalen Geldgebern, wie zum Beispiel China abhängig ist. Vielleicht bringt diese Konstellation Rafael Correa früher als gedacht wieder zurück auf die große politische Bühne des kleinen Landes am Äquator.

Autor: Philipp Fleischhauer, Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Quito, Ecuador

IMPRESSUM

Erstellt: 22. Februar 2017

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2017

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de